**Zeitschrift:** Bulletin Electrosuisse

**Herausgeber:** Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik

**Band:** 95 (2004)

**Heft:** 2

**Rubrik:** Politik und Gesellschaft = Politique et société

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 05.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

## Keine Strommarktöffnung auf dem Dringlichkeitsweg

(m) In der Pressemeldung des Bundesamts für Energie bei der Präsentation des Berichtes zum Italien-Blackout vom 28. September tauchte überraschend der Begriff «Strommarktöffnung auf dem Dringlichkeitsweg» auf:

«UVEK und BFE prüfen den Erlass eines Gesetzes auf dem Dringlichkeitsweg mit dem Ziel, die für die schweizerische Versorgungssicherheit und die Mitwirkung im europäischen Strommarkt nötigen Institutionen und Kompetenzen zu schaffen. Der Erlass soll einen geregelten Übergang zur künftigen, umfassenden Elektrizitätswirtschaftsordnung ermöglichen. Die Expertenkommission ELWO soll am 16. Dezember 2003 zur Zweckmässigkeit sowie zu den Elementen dieses Erlasses Stellung nehmen.»

Bundesrat Leuenberger dementierte dies jedoch am 26. November explizit, ein dringliches Gesetz sei nicht vorgesehen. Es brauche indessen einen Regulator für den Elektrizitätsmarkt und eine nationale Netzgesellschaft. Dies hat das Volk in einer Referendumsabstimmung am 22. September 2002 abgelehnt. Das Dementi des Energieministers zeugt von einer Kommunikationspanne in seinem Departement (UVEK).

## Geothermie als Ziel der deutschen Bundesregierung

(bmu) Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat am 12. November in Neustadt-Glewe (Mecklenburg-Vorpommern) das erste deutsche Erdwärmekraftwerk in Betrieb genommen. «Der Beginn der geothermischen Stromerzeugung ist eine wichtige Etappe beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Denn mit Erdwärme kann Strom zu jeder Tages- und Nachtzeit produziert werden», sagte Trittin.

Um das enorme Potenzial der Geothermie künftig nutzen zu können, komme es nun darauf an, die Technologien zu optimieren, die Qualität und Wirkungsgrade der Anlagen zu steigern und die Kosten insgesamt zu senken, so der Bundesumweltminister weiter.

Das technische Potenzial für die geothermische Stromerzeugung liegt in Deutschland bei rund 350 Terawattstunden pro Jahr, das entspricht rund 60% des heutigen Stromverbrauchs. Bislang wird in Deutschland die Geothermie lediglich zur Bereitstellung von Wärme genutzt. Die Anlage in Neustadt-Glewe ist die erste in Deutschland, die zusätzlich auch Strom in das Netz abgibt. Das von der Bewag, einem Unternehmen der Vattenfall Europe AG, errichtete Kraftwerk nutzt 97 °C warmes Thermalwasser aus einer Tiefe von 2200 Metern. Die 210-Kilowatt-Anlage soll neben der Stromproduktion auch als Erfahrungsträger für künftige Anlagenentwicklungen dienen. Für die Nutzung der Geothermie interessieren sich insbesondere osteuropäische Staaten, deren geothermische Bedingungen ideal für den Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung sind.

**Das technische Potenzial für die geothermische Stromerzeugung liegt in Deutschland bei rund 350 Terawattstunden/Jahr (im Bild Gebäude des Erdwärmekraftwerks in Neustadt-Glewe).**

## Internationales Jahr des Wassers 2003

(ijw) Das «Wasserjahr» in der Schweiz zeigt Wirkung: Nahezu 100 Städte und Gemeinden führten Projekte und Veranstaltungen durch. Hinzu kommt das Aktionsprogramm der Bundesämter für Wasser und Geologie (BWG), Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) mit 40 Partnerprojekten. Eine Umfrage zeigt, dass die Bekanntheit des Themas Wasser kontinuierlich gestiegen ist. Zentrale Botschaften wie Schutz vor Gefahren des Wassers oder Bedeutung von Wäldern, Auen und Feuchtgebieten für den Erhalt der Ressource Wasser beschäftigten mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Sie gehören zu den künftigen Schwerpunkten der Schweizer Wasserpolitik.

Einer dieser Schwerpunkte ist die Förderung der Wasserkraftnutzung: Strom aus Wasserkraft ist einheimische erneuerbare Energie und wird in der Schweiz nahezu $CO_2$-frei produziert. Die Energieerzeugung aus Wasserkraft soll in Zukunft mindestens auf heutigem Niveau erhalten bleiben.

Weitere künftige Schwerpunkte in der Schweizer Wasserpolitik sind:

- Ökosysteme schützen
- Schadstoffbelastungen verringern
- Milderung der Folgen von Naturgefahren
- Zugang zu Wasser als Menschenrecht anerkennen
- Ohne Wasser keine Nahrung.

## Der Blitzableiter

## Angst schädlicher als Strahlung

*Die Angst vor Mobilfunkantennen ist nach Expertenansicht gesundheitsschädlicher als die tatsächliche Strahlung. «Als eine Antenne auf dem Dach aufgestellt wurde, hatten Bewohner plötzlich Kopfschmerzen und konnten nicht schlafen. Aber da war die Antenne noch gar nicht angeschaltet», berichtete Jiri Silny vom Forschungszentrum für Elektro-Magnetische Umweltverträglichkeit (FEMU) der Universitätsklinik Aachen. Aus Unkenntnis werden nach Meinung des Forschers die Risiken des Mobilfunks aufgeblasen. Das macht den Leuten Angst, und sie werden krank. In den mehr als 7000 wissenschaftlichen Publikationen zum Thema, die FEMU gesammelt hat, liessen sich bislang keine eindeutigen Belege zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Handy-Strahlung finden. Das FEMU wird zu 80% staatlich und zu 20% von der Industrie finanziert. Es gibt nur ein einziges Risiko, das die Forschung klar nachweisen konnte. Handys in der Brusttasche können Herzschrittmacher ausschalten und dadurch tödlich sein. Darüber hinaus hätten viele Studien ergeben, dass die Wirkung der Strahlen auf den menschlichen Organismus sehr gering sei. Völlige Entwarnung geben die Forscher aber nicht: «Einen Nulleffekt kann die Forschung nicht nachweisen.»*

*B. Frankl*

## Grossflächige Stromausfälle auch in Deutschland möglich

Deutschland: «Anlagen zur Stromerzeugung veraltet» (Bild BMU/Oed).

(a) Ein grossflächiger Stromausfall ist nach Überzeugung von Energiefachleuten auch in Deutschland nicht ausgeschlossen. Die Anlagen zur Stromerzeugung seien veraltet und das deutsche Stromnetz für den Transport über lange Strecken nicht geeignet, sagte Joachim Schneider, Vorstand für Energietechnik der Mannheimer ABB. «Wir können in Deutschland nicht mehr dauerhaft von einer zuverlässigen Energieversorgung ausgehen.» Viele Kraftwerksteile seien 30 bis 40 Jahre alt. Bis 2020 würden 40% der deutschen Kraftwerke vom Netz gehen. Mit dem Bau neuer Kapazitäten müsse bis 2010 begonnen werden, da im Kraftwerksbau Bauzeiten von zehn Jahren normal seien. Dringend nötige Investitionen der Stromwirtschaft bleiben nach Darstellung Schneiders aber aus. Wegen des Kostendrucks nach der Liberalisierung des Strommarkts seien die Investitionen der Netzbetreiber von 3,5 Mrd. Euro im Jahr 1995 auf 2 Mrd. Euro im vergangenen Jahr gesunken.

## $CO_2$-arme Stromerzeugung als Investition

(wwf) Für die Stromkonzerne könnte es teuer werden, wenn sie ihre Investitionspolitik angesichts des Klimawandels nicht umstellen. Setzen die Unternehmen weiterhin auf den Neubau von Kohlekraftwerken, müssen sie mit Gewinneinbrüchen von mehr als 10% rechnen. Gleichzeitig bieten sich für Firmen, die die Weichen frühzeitig für eine $CO_2$-arme Stromerzeugung auf Basis von Erdgas und Erneuerbaren Energien gestellt haben, erhebliche Wettbewerbsvorteile. Zu diesem Ergebnis kommt ein jetzt vom WWF vorgelegter Report der Finanzanalysten Innovest (London). Der Bericht nimmt die Konsequenzen für die Finanzpolitik von 14 internationalen Stromkonzernen unter die Lupe. Basierend auf verschiedenen Szenarien werden Chancen und Risiken für den Sektor analysiert.

Sowohl die internationale als auch die nationale Klimaschutzpolitik hat erhebliche Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen für anstehende Investitionen. Trotz weltweit unterschiedlicher Ansätze und Gesetzesvorhaben zeichnet es sich ab, dass die Klimaschutzkosten vermehrt den Verursachern in Rechnung gestellt werden. Da 37% des weltweiten Kohlendioxidausstosses auf den Stromsektor entfallen, müssen sich die Energieunternehmen besonders auf diese Entwicklung einstellen. Wenn sie an ihrer bisherigen Politik nichts ändern, müssen in Europa insbesondere E.on und Scottish Power mit Mehrkosten in Höhe von 9 beziehungsweise 5% der Gewinne von 2002 rechnen.

## Italien will weniger Strom aus der Schweiz

(d) Der italienische Stromversorger GRTN will als Folge der Strompanne in Italien vom 28. September künftig weniger Strom aus der Schweiz importieren. Die Massnahme tritt Anfang 2004 in Kraft und soll nur vorübergehend sein. Die Importverringerung um rund 1000 Megawatt Leistung während der Nacht und an den Wochenenden helfe, das Risiko einer weiteren Strompanne zu verringern, so die GRTN.

## Mitverantwortung Italiens am Blackout

(nz) Eine von der Regierung Berlusconi eingesetzte Expertenkommission ist zum Schluss gelangt, dass auch Italien einen Teil der Verantwortung für den massiven Stromunterbruch vom 28. September übernehmen muss. Zuvor hatten die italienischen Behörden die Schuld am Blackout weitgehend nach Norden abzuschieben versucht.

## Spannungsqualität in den europäischen Elektrizitätsnetzen

(ee) Gewisse elektrische Geräte reagieren aufgrund zunehmender technischer Komplexität empfindlicher auf verschiedene Parameter der Spannungsqualität. Anderseits haben auch zunehmend die Tendenz, die Eigenschaften der Versorgungsspannung zu beeinflussen, insbesondere durch den Summierungseffekt der von einer Vielzahl gleichzeitig ans Netz angeschlossener Geräte gleicher Bauart verursachten Störkomponenten. Dies ist einer der Hauptsachen des zweiten Berichts von Eurelectric, dem gesamteuropäischen Dachverband der Elektrizitätswirtschaft, zu entnehmen. Die Autoren wiederholen in dieser zweiten Ausgabe die Bedeutung fortgesetzter Zusammenarbeit von Stromversorgern, Herstellern elektrischer Geräte und der Europäischen Kommission im EMV-Bereich bei der Sicherung geeigneter EMV-Standardisierung als Element zur Erhaltung guter Spannungsqualität. Dies ist im Interesse der Geräteanwender, die Kunden beider Wirtschaftszweige sind und Kontinuität sowie hohe Qualität der Stromversorgung erwarten.

## Neue EU-Energieprojektion 2030

(vö) Die EU-Generaldirektion Energie und Verkehr hat im Herbst 2003 eine neue Energieprojektion bis zum Jahr 2030 veröffentlicht («European Energy and Transport Trends to 2030»). Diese bezieht erstmals die Beitrittsländer ein. Zugrunde gelegt wird ein Basisfall, der die bestehenden energiewirtschaftlichen Trends unter den heute gegebenen politischen Rahmenbedingungen fortschreibt.

Als Trends werden insbesondere aufgezeigt:

### 14 Mio. m³/s

(eon) Die Sonne ist der Motor des Wasserkreislaufes. In jeder Sekunde verdunsten auf der Erde rund 14 Millionen Kubikmeter Wasser. Sie gelangen als Niederschläge wieder zurück und bilden so den Wasserkreislauf der Natur. Ein gewaltiges Potenzial, das sich ständig selbst erneuert. Seit Jahrtausenden nutzt der Mensch diese unerschöpfliche Energiequelle. Wir nutzen sie heute für eine umweltfreundliche Stromerzeugung.

- Öl bleibt in der Energieversorgungsstruktur weiter dominant (35% – 2030),
- Erdgas expandiert insbesondere in der Stromerzeugung, verzeichnet die absolut grössten Zuwächse (3% – 2030),
- Erneuerbare Energien weisen relativ die höchsten Wachstumsraten auf, Anteil bleibt aber begrenzt (8% – 2030),
- Kernenergie wird schrittweise zurückgehen (14,4% – 2030).

## Preiserhöhungen in Deutschland

(bde) Gemäss dem deutschen Bund der Energieverbraucher (BdE) ist absehbar, dass Haushalte ab kommendem Jahr Strompreiserhöhungen von zwei bis fünf Euro monatlich ausgesetzt sein werden. Dabei seien schon in diesem Jahr die Strompreise kräftig angestiegen, nämlich um fünf Prozent. Ein berechtigter Grund für die Strompreiserhöhung sei nicht auszumachen. «Schon heute verdienen die Stromversorger über die Massen gut: Die E.on-Gewinne stiegen im Jahr 2003 um 33%, die von RWE um 25%. Bereits im Vorjahr waren die E.on-Gewinne um 36% und die RWE-Gewinne um 20% gewachsen. Auch den örtlichen Stromversorgern geht es überaus gut», so der BdE. Hintergrund der Erhöhungen sei das weitgehende Scheitern des Wettbewerbs zwischen den Stromanbietern – neue Anbieter wurden erfolgreich verdrängt. Der BdE hält die Strompreiserhöhungen für gesetzeswidrig und hat gegen die «Plünderung» der Verbraucher protestiert.

Bund der Energieverbraucher befürchtet «leere Taschen».

## Rückkehr des Monopols lässt Preise steigen

(iwr) Vor fünf Jahren wurde der Startschuss für die Liberalisierung des Strommarktes in Deutschland gegeben. War der Wettbewerb im Jahr 1999 noch für jedermann sichtbar (Strom war u. a. gelb), so hat sich die Marktsituation seitdem erneut grundlegend geändert. Neue Stromanbieter und Händler wurden nach und nach wieder aus dem Markt gedrängt. Heute können die Stromkonzerne ihre Marktmacht wieder fast wie zu alten Monopolzeiten ausspielen, teilte das Internationale Wirtschaftsforum Regenerative Energien (IWR) in Münster mit. Der Margendruck sei eindeutig vorbei, höhere Preise liessen sich ohne Wettbewerbsdruck durchsetzen, und die grossen Stromversorger fahren in ihrem Kerngeschäft Energie wieder Rekordgewinne ein, so das IWR.

Die Ursachen für die Rückentwicklung des Wettbewerbs ist nach IWR-Angaben vielfältig. So führte die erste Fusionswelle bei den grossen Stromerzeugern zu einer Konzentration auf nur noch vier Konzerne in Deutschland. Danach folgte eine stärkere vertikale Verflechtung der Grossunternehmen mit regionalen Versorgern und Stadtwerken über höhere Beteiligungen, die den Wettbewerb weiter haben erlahmen lassen. Letztendlich habe auch bisher der politische Wille gefehlt, den Wettbewerb über eine funktionierende Regulierungsbehörde oder den Einsatz von gezielten Wettbewerbsinstrumenten aufrecht zu erhalten.

## EU will entschlossenes Handeln bei der Versorgungssicherheit

(eu) Die Kommission der Europäischen Union hat am 10. Dezember ein Paket neuer Rechtsvorschriften zur Förde-

## Arbeitsgruppe Schweiz – EU prüft Zusammenarbeit im Stromhandel

(bfe/v) Der «Gemischte Ausschuss zum Freihandelsabkommen» hat sich an seiner Sitzung vom 11. Dezember 2003 darauf geeinigt, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zur Erhöhung der Versorgungssicherheit zu prüfen. Dies ist eine Schlussfolgerung aus den internationalen Strompannen im Jahr 2003. Eine gemeinsame «ad hoc»-Arbeitsgruppe auf Behördenebene soll die bestehenden Probleme analysieren und in exploratorischen Gesprächen gemeinsame Lösungen vorbereiten. In einem späteren Schritt soll über die Form der Zusammenarbeit und die Umsetzung in der Schweiz entschieden werden. Dies impliziere in keiner Weise eine Marktöffnung in der Schweiz, so das Bundesamt für Energie

## Bundesrat legt Jahresziele 2004 vor

(bk) Mit den am 1. Dezember 2003 vom Bundespräsidenten vorgestellten Zielen für das Jahr 2004 präsentierte der Bundesrat zu Beginn der Wintersession die Planung für das erste Jahr der Legislaturperiode. Das entspricht den Vorgaben des neuen Parlamentsgesetzes, das am 1. Dezember 2003 in Kraft getreten ist. Aus energiepolitischer Sicht sind folgende Themen aufgeführt:

Der Bundesrat wird 2004 die Vernehmlassung zur Kernenergieverordnung mit dem Ziel durchführen, Gesetz und Verordnung auf den 1. Januar 2005 in Kraft zu setzen. Ebenfalls wird er den Entwurf zu einem revidierten Kernenergiehaftpflichtgesetz in die Vernehmlassung geben. Das revidierte Gesetz soll es der Schweiz ermöglichen, die internationalen Kernenergiehaftungs-Übereinkommen von Paris und Brüssel zu ratifizieren. Zudem soll die Deckungssumme (zurzeit 1 Mrd. Franken) erhöht werden.

Im zweiten Halbjahr 2004 wird der Bundesrat einen Entwurf zur Revision des Energiegesetzes in die Vernehmlassung geben. Mit der Revision soll die Einführung eines Bonus-Malus-Systems für neue Personenwagen eingeführt werden. Dieses soll den Kauf emissionsarmer und emissionsfreier Personenwagen fördern und so zur Erreichung der $CO_2$-Ziele beitragen.

Schliesslich wird der Bundesrat im Jahr 2004 die revidierte Energieverordnung in die Vernehmlassung schicken und darauf basierend in Kraft setzen. Durch Änderung der Energieverordnung bezüglich Bestimmungen zur Stromkennzeichnung, Vergütung von Überschussenergie und Etikettierung von Elektrogeräten sollen die erneuerbaren Energien unterstützt und die rationelle Energienutzung gefördert werden.

EU will Stärkung des europäischen Energiebinnenmarktes (Bild EU). Beim Nicht-EU-Land Schweiz gibt es Probleme wegen der juristischen Unterschiede.

rung von Investitionen in den europäischen Energiesektor vorgelegt mit dem Ziel, sowohl den Wettbewerb zu stärken als auch eine Wiederholung der Stromausfälle von diesem Sommer zu vermeiden.

In dem Paket wird insbesondere die grosse Bedeutung eines deutlichen Energienachfragemanagements hervorgehoben, das durch die Entwicklung einer gezielteren Energieeffizienzpolitik erreicht werden soll. Ferner wird die Notwendigkeit eines klaren EU-Rechtsrahmens für das ordnungsgemässe Funktionieren eines wettbewerbsorientierten Elektrizitätsbinnenmarktes herausgestellt, der durch allgemein gültige, transparente und nichtdiskriminierende Konzepte für die Stromversorgungssicherheit und einen angemessenen Verbundgrad zwischen den Mitgliedstaaten sorgen soll. Darüber hinaus hat die Kommission weitere Vorschläge für die transeuropäischen Strom- und Gasnetze vorgelegt mit dem Ziel, die Anbindung der künftigen neuen Mitgliedstaaten an den Energiebinnenmarkt effizienter zu gestalten und mit den Nachbarländern einen ähnlichen Ansatz zu entwickeln.

Loyola de Palacio, die für Energie und Verkehr zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, erklärte: «Diese Massnahmenvorschläge sollen die vor kurzem vereinbarte Öffnung der Erdgas- und Elektrizitätsmärkte ergänzen. Wenngleich die Vorfälle dieses Sommers, die die Versorgung beeinträchtigt haben, nichts mit der Liberalisierung zu tun haben, müssen wir sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten diese Fragen in klarer und eindeutiger Weise angehen.»

Ferner sagte sie: «Dieser neue Rahmen ist für die Stärkung des europäischen Energiebinnenmarktes von entscheidender Bedeutung, ebenso wie dafür, dass es in Europa nicht zu einer Lage wie in Kalifornien kommt.»

Beim Nicht-EU-Land Schweiz sieht die Kommissarin Probleme wegen der juristischen Unterschiede. Die Schweiz liege mitten in Europa, wende aber den EU-Rechtsbestand nicht an. Die bilateralen Verträge umfassten den Energiesektor nicht, so Palacio.

## Stromversorgungssicherheit erfordert investitionsfreundliches Klima und beständigen Regulierungsrahmen

(ee) Um die Stromversorgungssicherheit zu gewährleisten, bedarf es ausreichender und rechtzeitiger Investitionen in alle Bereiche der Versorgungskette. Die Gesetzgeber und Regulierungsorgane müssen daher für einen beständigen und kohärenten Regulierungsrahmen sorgen, um in Europa ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen, das die Anleger ermutigt, Kapital in die nötigen Kraftwerks- und Infrastrukturprojekte zu investieren und gleichzeitig auch der Marktentwicklung förderlich ist. Dies ist die Hauptaussage einer Stellungnahme, die der Dachverband der europäischen Elektrizitätswirtschaft Union of the Electricity Industry – Eurelectric kürzlich veröffentlichte.

## Tschechien will neue Kernkraftwerke

(sva) In der Tschechischen Republik sind verschiedene Vorschläge für eine Energiepolitik für die nächsten 30 Jahre vorgestellt worden. Unter den sechs Varianten, die als Basis für die anstehende Energiediskussion erarbeitet worden sind, wird das «Grüne Szenario» bevorzugt, welches unter anderem den Bau neuer Kernkraftwerksblöcke vorsieht. Gemäss diesem Szenario soll ein Strommix aufgebaut werden, welcher einerseits die bestehenden Beschränkungen für den Abbau und Einsatz von Braunkohle aufhebt, andererseits erneuerbare Energien fördert und den Bau und Betrieb «zweier neuer grosser Kernkraftwerke» vorsieht. Die Vorschläge wurden der Regierung vorgelegt, welche die Entwürfe aufnehmen und in eine ausgedehnte, landesweite Diskussion geben soll.

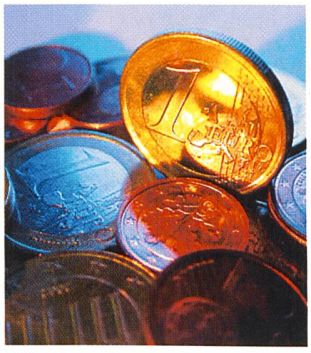
## Zwei Einsprachen gegen Änderung der Betriebsbewilligung beim BZL

(bfe) Gegen das Gesuch des Paul Scherrer Instituts um Änderung der Betriebsbewilligung für das Bundeszwischenlager (BZL) wurden zwei Einsprachen eingereicht. Das BZL in Würenlingen dient der Lagerung von radioaktiven Abfällen aus Medizin, Industrie und Forschung. Mit dem Gesuch vom 20. April 2001 beantragt das PSI, im BZL weitere Gebindearten einlagern zu dürfen und die Aktivitätsgrenzwerte aufzuheben. Das Gesuch, der Sicherheitsbericht sowie das Gutachten der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen (HSK) und die Stellungnahme der Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen (KSA) wurden vom 11. November bis am 10. Dezember 2003 öffentlich aufgelegt. Beide Einsprachen stammen aus dem benachbarten nördlichen Ausland.

## EDF doit rembourser 889 millions d'euros

(ue) Suite à la procédure formelle d'examen entamé par la Commission européenne, le gouvernement français a indiqué à la Commission qu'il accepte de supprimer la garantie illimitée de l'Etat dont bénéficie EDF au plus tard le 31 décembre 2004. Parmi les possibilités à sa disposition pour résoudre ce problème de garantie, la France a opté pour une transformation du statut d'EDF.

Aujourd'hui établissement public à caractère industriel et commercial, EDF deviendrait une société anonyme de droit commun. La Commission demande qu'EDF rembourse à l'Etat l'aide d'un montant de Euro 889 millions (montant à lequel il faut ajouter les intérêts), liée à la non-taxation d'une partie des provisions relatives au réseau de transport d'électricité à haute tension.



EDF doit rembourser cher.